

*Zusammenhang**

Fragend schreiten wir voran...



85569547225

Hausdurchsuchungen in Göttingen (S.6)



Editorial

Liebe Leser_innen,

die 18. Ausgabe der BB-Publikation präsentiert sich nach der neuen Layoutgestaltung nun erstmals mit einem Titel - es gibt mal wieder viel zu berichten darüber, was wie warum zusammenhängt.

Ihr könnt euch darüber informieren, wie die Uni mit unseren Daten umgeht und warum der Studierendenausweis auf dem besten Weg ist, ein allumfassendes Kontrollinstrument zu werden, das uns zu gläsernen Studierenden macht. Allen, die bis jetzt nicht weiter gedacht haben als an die Bequemlichkeit an der Mensakasse, seien diese Artikel wärmstens empfohlen.

An das Thema Privatsphäre und Datenschutz anknüpfend folgt ein Bericht über eine kürzlich stattgefunden Hausdurchsuchung in Göttingen. Warum wegen einer gefundenen Chemikalie WGs aufgebrochen und persönliche Dinge unter Anwesenheit des Staatsschutzes durchwühlt und fotografiert werden, erfahrt ihr dort.

Das Gespenst des Bachelors geht weiterhin um - diesmal beschäftigen wir uns mit der Thematik unter dem Aspekt eines Klassenbewusstseins. Es geht darum, was das ist, wie wir damit umgehen und was ein solidarisches Studieren bedeuten könnte.

Außerdem findet ihr in dieser Ausgabe einen Bericht über die aktuelle Situation am Göttinger Universitätsklinikum, an dem das Küchenpersonal unter den neuesten Ideen des Managements zu leiden hat, sich aber bereits erfolgversprechend dagegen organisiert; sowie einen Aufruf zur Solidaritätsdemo für Joseph M., dessen Afroshop nach rassistischen Vorfällen abgebrannt ist, die Polizei aber keinerlei Anstalten macht in diese Richtung zu ermitteln. Auch über die Hintergründe des alltäglichen Rassismus gibt's was zu lesen. Schließlich stellen wir noch das Konzept der Basisdemokratie und die Basisgruppen an der Uni vor.

Wir wünschen euch einen guten Jahresausklang und viele Lichtblicke,

euer Basisdemokratisches Bündnis

Samstag, 13. Dezember 2008
| Demonstration gegen den alltäglichen Rassismus, Neonazis und für einen neuen Afro-Shop in der Innenstadt | Beginn 13:00
| Jakobi-Kirchhof (Innenstadt Göttingen) (S.9)



Datenleck an der Uni Göttingen (S.3)



Chipkarten und Privatsphäre (S.4)



Hausdurchsuchung in Göttingen (S.6)



Bachelor stärkt "Klassenbewusstsein" (S.7)



Zoff am Klinikum (S.10)



With our powers combined - Demoaufruf (S. 11)



Rassistischer Alltag (S.12)



Willkommen an der Uni Göttingen (S.14)



Datenleck an der Uni Göttingen

Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass 26.000 Datensätze von Studierenden der Göttinger Universität bereits monatelang frei im Internet zugänglich waren.¹ Die Daten stammen von einem ungeschützten LDAP-Server der Uni Göttingen, der vom StudIT (ITService für Studierende)², der ehemaligen Internet-Hotline, verwaltet wird.

Laut Aussage der Veröffentlicher besteht das Leck schon seit einem halben Jahr. Obwohl die StudIT schon einem Monat vorher informiert worden sei, sei nichts unternommen worden, um den Fehler zu beheben. Aus diesem Grund wurde das Problem an die Öffentlichkeit getragen. Die Datensätze enthalten: Vor- und Nachnamen des_r jeweiligen Studierenden, den Namen des Accounts (sowohl der älteren s-Accounts, als auch der neuen Accounts) und die dazugehörige Emailadresse. Ferner sollen auch zeitweilig die Passwörter für das Prüfungsverwaltungssystem FlexNow erhältlich gewesen sein.

Hintergrundinformationen: GÖNET heißt das Übertragungsnetz, das die Göttinger Institute untereinander und mit dem Internet verbindet. Zu ihm gehört u.A. auch Goemobile, das WLAN-Netz, über das sich Studierende mit ihren Accounts ins Internet einloggen können. GÖNET wird durch die GWDG, die Gesellschaft für Wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH Göttingen der Uni Göttingen und der Max-Planck Gesellschaft betreut. Die über Studiengebühren finanzierte StudIT ist die Internet-Hotline, die für die Austeilung der Internetaccounts für Studierende zuständig ist.

In einer ersten Stellungnahme der «Datenverarbeitung der Uni Göttingen»³ heißt es: «Am 2. Oktober um 1.30 Uhr wurde das Sicherheitsloch bereits wieder durch die Serveradministration geschlossen.» Tatsächlich war es noch am darauffolgenden Tag möglich, die Daten von innerhalb des GÖNETs (d.h. universitätsintern) abzurufen. Diese Lücke wurde erst am Nachmittag des 3. Oktober geschlossen.

Ferner ist erklärt worden: «Zu keiner Zeit abfragbar waren Passwörter (die grundsätzlich verschlüsselt sind).» In einer späteren Pressemitteilung⁴ mußte die StudIT jedoch zugeben, dass bis Juli 2008 «die verwendeten Passwörter im System von FlexNow im Klartext gespeichert» worden sind. Dieser Vorfall ist kein Einzelfall. Im Mai erst gab es an der Uni Magdeburg

eine größere Panne, bei der Studierendendaten wie Matrikelnummer, Studienfach und Semesterzahl übers Internet zugänglich waren.⁵

Obwohl dadurch klar wird, dass die zentrale Datenspeicherung und -verwaltung höchst anfällig für Mißbrauch und Manipulation ist, scheinen die vom AstA gestellten studentischen Datenschutzbeauftragten diese Problematik zu ignorieren.

Noch im letzten Semester ist ein von der gesamten Opposition unterstützter StuPa-Antrag der JuSos, der die Verteilung der Internetaccounts durch die StudIT betraf, von der ADF-Mehrheit im StuPa abgelehnt worden. Kritisiert worden war, dass die studentischen Internetaccounts und Emailadressen (vorname.nachname@stud.uni-goettingen.de) zu transparent eingerichtet sind. Werden Namen eines Mitstudierenden hat, kann problemlos den Accountnamen und die Emailadresse konstruieren.

Wie es um das Datenschutzbewusstsein des AstAs steht, wird dadurch deutlich, dass er zur gleichen Zeit den diesjährigen Studienanfänger_innen empfiehlt, sich auf der privaten Kontaktwebsite «StudiVZ» des Holtzbrinckverlages in eine Erstsemestergruppe einzutragen. Darüber, dass das StudiVZ bereits seit längerer Zeit von Datenschützer_innen kritisiert wird, informierte der AstA selbstverständlich nicht.

So ist das StudiVZ höchst problematisch, da hier persönliche Angaben von Adressen, über Hobbies, Beziehungen etc. gesammelt und gespeichert werden. Auch private Bilder, die zuhauf hochgeladen werden, dürfen zentral verwaltet und gespeichert werden. Die gesammelten Nutzer_inneninformationen sollen dazu dienen, personalisierte Werbung zu erstellen, welche die Haupteinnahmequelle von StudiVZ ist. Aber die Daten dienen nicht nur der Werbeindustrie, auch die Personalberater_innen größerer Firmen pflegen schon jetzt im Internet nach Privatinformationen von Bewerber_innen zu recherchieren. Auch staatliche Behörden interessieren sich durchaus für leicht verfügbare Informationen. So freute sich der Geschäftsführer von StudiVZ Markus Riecke Anfang des Jahres im Spiegelinterview, dass StudiVZ bei Ermittlungsverfahren (bspw. wegen Drogenbesitzes) gespeicherte Nutzer_innendaten herausgeben darf.⁶

bg-fimp@gmx.net

1 Quelle: <http://netzpolitik.org/2008/datenleck-mit-26000-studentischen-datensaetzen-bei-bei-der-uni-goettingen/>

2 IT steht für Informationstechnologie.

3 ebd.

4 <http://www.uni-goettingen.de/de/94441.html>

5 <http://www.heise.de/security/Daten-von-tausenden-Studenten-der-Uni-Magdeburg-im-Netz--/news/meldung/108545>

6 vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,537622,00.html>



RFID-Chipkarten: Wer braucht schon Datenschutz?



«Unveränderliche Merkmale des Menschen werden Schlüssel zu gesicherten Daten und Räumen. Die Türöffner der Zukunft sind biometrische Erkennungsmerkmale wie Fingerabdruck, Augen, Stimme, Gesicht und deren Kombination, auch in Verbindung mit elektronischen und optischen Smartcards und Sicherheitslabeln. Neue Sensorverfahren helfen, die Sicherheitsschranken weiter zu erhöhen. Zusätzlich überwachen Kameras jeden Schritt auf Bahnhöfen, in Fußgängerzonen, Kaufhäusern und im Straßenverkehr. Mithilfe von komplexen Algorithmen können Gesichter schnell und zuverlässig gefunden werden.»¹

Die Durchsetzung dieser Zukunftsvision der Fraunhofer-Gesellschaft, führende Organisation für militärisch-industrielle Auftragsforschung in Deutschland, wird derzeit von Politik und Wirtschaft vorbereitet: e-Pass, Gesundheitskarte, ELENA, etc. heißen die verschiedenen Projekte der Bundesregierung, die die zentrale technische Erfassung, Speicherung und Verwaltung von Personendaten vorantreiben. Sie gehen einher mit einer Erhöhung der Kompetenzen der verschiedenen Polizei- und Verwaltungsbehörden (BKA-Gesetz), sowie einer Einschränkung von Bürgerrechten, bspw. durch das neue Versammlungsrecht in Bayern.

Die Rolle der Wissenschaft in diesem Kalkül ist es, Sicherheits- und Überwachungstechnologien zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Sofern wir den Anspruch haben, «freie» und «unabhängige» Wissenschaft zu betreiben, müssen wir diese gesellschaftlichen Bestrebungen im Blick haben und Stellung beziehen.

Im Folgenden werden wir anhand der RFID-Chipkarten, die in Göttingen und mittlerweile vielen anderen Universitäten eingeführt worden sind, den Zusammenhang zwischen Technologie und Wirtschaft darstellen.

Seit 2006 erhält jede_r Studierende der Uni Göttingen eine RFID-Chipkarte als Studentenausweis und Semesterticket. Sie erscheint zunächst äußerst praktisch: Ausweis, Bahnticket, Bibliotheksausweis, Zugangsberechtigung für spezielle Gebäude (z.B. für die Physik) und Mensabezahlungsfunktion. Erst auf den zweiten Blick wird klar, dass für diese Features noch lange kein Hightech-Funkchip nötig ist. Das Bahnpersonal liest nicht den Chip aus, als Ausweis genügt ein aufgedrucktes Lichtbild, als Bibliotheksausweis und zur Mensabezahlung

würde eine Magnetstreifenkarte ausreichen.

RFID bedeutet Radio Frequency Identification, es handelt sich also um eine Technologie zur Identifizierung mithilfe von Radiowellen. RFID-Chips bzw. Transponder sind günstig herstellbar und werden hauptsächlich in der Industrie eingesetzt, um die Logistik zu erleichtern: die Daten einer bestimmten, mit einem RFID-Chip versehenen Ware (wie Zielort, Besitzer, Hersteller) können jederzeit maschinell ausgelesen und überprüft werden. Ebenso wird auch der die gutgläubige Studierende mit dem Funkchip in der Tasche markiert und seine Informationen wie Studienfach, Alter, Klausurergebnisse, Semesterzahl etc. können von versteckten Sensoren unbemerkt ausgelesen, und weitergeben werden.

So kann problemlos gespeichert werden: Wer welche Mensen besucht und welche Gerichte er bevorzugt, wer welche Bibliotheken besucht und welche Bücher ausleiht, wer sich wann in welchen Räumen aufhält, ob die Anwesenheitspflicht in den Vorlesungen erfüllt wird usw.

Darauf, wer Zugang zu diesen Daten hat und wie sie verwendet und gespeichert werden, hat der die Studierende keinen Einfluss. Auf diese Art und Weise wird das Datenschutzrecht, insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausgehöhlt.

Prinzipiell gilt: sind Daten erst einmal gesammelt und zentral gespeichert, so ist es der_m Einzelnen nicht

Roter Buchladen
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

Mail: info@roter-buchladen.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag:
10.00 Uhr bis 18.30 Uhr

Samstag:
10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

BUCH LADEN
Nikolaikirchhof 7
ROTTER

Der Buchladen Rote Straße wurde 1972 gegründet und hatte seinen Sitz viele Jahre wirklich in der Roten Straße. Seit 1996 sind wir im Nikolaikirchhof zu finden, aber wir sind auch weiterhin ‚der Rote Buchladen‘:

Ein linkes Projekt, unabhängig und von einem engagierten Kollektiv betrieben. Auch in unserem Sortiment unterscheiden wir uns von anderen Buchhandlungen: Klein, aber fein. Wir setzen auf ein gut sortiertes und ausgewähltes Programm:

Linke Theorie und deren Diskussion, Globalisierung und Antiglobalisierungsbewegung, soziale Bewegungen, Nationalsozialismus und dessen Rezeption, marxistische Theorie, Kritische Theorie, Antirassismus und Migration, Anarchismus, um nur einiges zu nennen. Natürlich fehlt Belletristik aus unterschiedlichen Ländern ebenso wenig wie Krimis und eine große Auswahl an kritischen Zeitungen und Zeitschriften, die Ihr bei uns kaufen, aber auch bei einem Kaffee oder Tee lesen könnt. Außerdem sind die Bücher und CDs der Büchergilde Gutenberg bei uns vorrätig. Bei uns sind Flugblätter, Plakate und Informationsmaterial zu Veranstaltungen und Aktionen zu finden. Wir machen auf Anfrage Büchertische oder stellen welche für Euch zusammen. Und wir veranstalten Lesungen und stellen unsere Räume auch Anderen für Veranstaltungen zur Verfügung.

Ihr seht, es gibt einiges bei uns, was das Herz und den Kopf von LeserInnen begeistern kann. Natürlich können wir auch jedes lieferbare Buch, oft bis zum nächsten Tag, besorgen. Schaut einfach mal vorbei und lasst Euch überraschen ...

¹ aus der Broschüre «Hightech-Strategie für Deutschland Sicherheitstechnologien» der Fraunhofer Gesellschaft, Seite 6



möglich herauszufinden, wer Zugriff auf sie hat, die Daten (evtl. auch illegal) weitergibt oder wer in Zukunft einmal über sie verfügt. Die aktuellen Skandale um Bespitzelungen von Mitarbeiter_innen und Privatpersonen bei der Telekom und Lidl geben eine Ahnung davon, welche Auswirkungen die Überwachung auch für vermeintlich unbescholtene Bürger_innen hat. Es wird auch deutlich, dass es bei der Verwendung von gesammelten Daten nicht etwa nur um Sicherheit, Terrorabwehr oder harmlose Statistiken geht; die Daten werden eingesetzt, um demokratischen Widerstand zu erschweren und unter Druck zu setzen, - wie im Falle der Lidl-Betriebsräte.

Die Einführung der Chipkarte für Studierende wurde an der Uni Göttingen durch den Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik vorangetrieben und durchgetrieben, dessen Inhaber Prof. Matthias Schumann von 2000 bis 2006 Vizeunipräsident war. Professor Schumann ist Vorsitzender eines von ihm gegründeten Unternehmens, der «Prof. Schumann GmbH». ² Die Prof. Schumann GmbH ist insbesondere im Kreditrisikomanagementgeschäft involviert und arbeitet für führende Kreditinstitute, wie für die Atradius Kreditversicherung AG, Barclays Industrie Leasing, Gothaer Credit Versicherung AG, R+V Versicherung und die Zürich Versicherung AG.

Gerade im Kreditgeschäft kann man sehr gut beobachten, dass Kund_innendaten großen Wert für die Industrie besitzen. Mit Schufa, Creditreform und anderen privaten Auskunftsgesellschaften existiert hier ein ganzer Wirtschaftszweig, der auf das systematische Sammeln von Informationen über das Zahlungsverhalten von Privatpersonen und den Weiterverkauf dieser Daten spezialisiert ist. «Alle Daten aus dem Kreditmanagement werden auf einer Datenbank zentralisiert - nichts liegt näher als diese nun übergreifend und umfassend auszuwerten und als Kontroll- und Steuerungsinstrumente einzusetzen.» heißt es auf der website der Schumann-Firma (<http://www.prof-schumann.de/>).

Die Frage ist, ob es auch nicht der natürliche nächste Schritt ist, die gesammelten Daten der Studierenden als Kontroll- und Steuerungsinstrumente einzusetzen, sei es, um herauszufinden, welches Mensaeßen am besten angenommen wird und die Speisepläne entsprechend zu optimieren oder aber auch um die Zeit, die Studierende in Vorlesungen und Sprechstunden verbringen zu registrieren, um so die Attraktivität der Lehre in einem Studienfach zu messen (Lehrevaluation) und um den Studierenden die Zeit, in der sie den Dozierenden in Anspruch nehmen, als zusätzliche Kosten anzurechnen.

Letzteres ist keine Spielerei, sondern könnte Vorbereitung einer weiteren Kommerzialisierung des Studiums sein. Beispiel: Bildungsgutscheine, in Deutschland als «Studienkonten» diskutiert, sehen vor, dass jede_r Studierende ein sogenanntes Bildungsguthaben erhält, das er_sie in die persönliche Ausbildung investieren kann.

Die Abrechnungseinheit sind die Semesterwochenstunden,

² Man bemerke, daß hier der Professorentitel offenbar zu Marketingzwecken benutzt wird.

die belegt werden. Wenn ein Student sein Guthaben aufgebraucht hat, muss er sich erst ein weiteres Guthaben einkaufen. Damit wird der zusätzliche Besuch einer Lehrveranstaltung auf diese Weise zur Kostenfrage, ein Über-den-Tellerrand-Schauen erschwert. Ein Argument gegen das Studienkontenmodell war bisher immer die schwierige Durchführbarkeit, da selbst durch Anwesenheitslisten nicht gesichert sei, dass Studierende sich nicht trotzdem in Vorlesungen schmuggelten.

Mithilfe von RFID-Chipkarten als Zugangsberechtigung kann ohne jeglichen Aufwand (abgesehen von der einmaligen Installation der Sensorsysteme) festgestellt werden, welche Vorlesungen von einem_r Studierenden in Anspruch genommen werden. RFID ist ein Instrument der politischen Kontrolle, auch wenn sie zunächst harmlos erscheinen mögen. Der Freiheitsverlust wird vielleicht nicht von einem Tag auf den anderen deutlich, sondern über Jahre hinweg etabliert. ³

bg-fimp@gmx.net

³ Weiterführend ist auch der Reader der Informatik Fachschaft TU Darmstadt zu empfehlen: <http://www.fachschaft.informatik.tu-darmstadt.de/chipkarte/Readerneu.pdf>



Zugegeben - wir sind vielleicht nicht so zentral gelegen wie andere. Dafür bestechen wir mit einem wunderschönen Garten, leckerem Essen und Trinken, netten Leuten, entspannter Stimmung und kulturellen Highlights. Außerdem ist das Kabale ein Kollektiv, soll heißen, dass ca. 15 Menschen gemeinsam arbeiten und entscheiden. Wir schenken also nicht nur Kaffee aus, wir bieten auch Raum für verschiedenste Aktivitäten, seien es Partys, Diskussionsabende, Lesungen, Konzerte und Ausstellungen oder jeden Dienstag die Frauenkneipe. Wir verkaufen nicht nur irgendwas, wir achten darauf wo unsere Produkte herkommen. Unser Kaffee ist Fair Trade, viele Produkte sind aus biologischem Anbau und unsere Speisekarte bietet auch Veganer_innen Auswahl. Das Kabale ist eben nicht irgendein Café und das ist uns wichtig. Deswegen gibt es auch einiges, was in unserer Kneipe keinen Platz hat, wie zum Beispiel sexistische Anmachens, jede Form von Rassismus und Antisemitismus!

Dem Ismus Kapitalismus konnten wir bisher noch nicht die Tür weisen, was wir im Augenblick leider schmerzlich feststellen müssen. Um das Kabale erhalten zu können sind wir daher auf eure Unterstützung angewiesen! Also ran an die Burger, Kaffee schlürfen, Bierchen trinken, Spax mampfen, Tee trinken, Wein genießen, what ever...

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 16:00 - 01:00 Uhr
Sa: 14:00 - 01:00 Uhr
So: 10:00 - 01:00 Uhr

Geismarlandstraße, 19 Göttingen



Hausdurchsuchung in Göttingen

Es scheint ein gefundenes Fressen für den Göttinger Staatsschutz gewesen zu sein, dass am 7. September in einem Haus in der Geismar Landstraße vermeintlich explosive Chemikalien gefunden wurden. Die Polizei evakuierte die Hausbewohner_innen mit dem Hinweis auf die Gefahrenlage, schließlich könnten die im Keller gelagerten Stoffe das ganze Haus in die Luft sprengen. Die freiwillig gegangenen Bewohner_innen staunten nicht schlecht, als sie später von der Straße aus beobachteten, wie Beamt_innen in einer Wohnung im Erdgeschoss Wände und Schreibtische abfotografierten. Obwohl die Durchsuchung von der hinzugerufenen Vermieterin begleitet werden durfte, verwehrte man den Bewohner_innen das Beisein mit Hinweis auf die Gefahrenlage. So einfach kann das sein.

Später stellte sich heraus, dass alle WGs des Hauses durchsucht worden waren. Es waren Türen aufgebrochen und Schreibtische durchsucht, Schubladen und Schränke geöffnet, Gegenstände umgeworfen sowie Unterlagen durchwühlt worden. Weil sie sie von Demonstrationen kannten, erkannten die Durchsuchten auch Beamt_innen des polizeilichen

Man habe weitere Gefahrenquellen gesucht und evtl. noch weitere Personen evakuieren wollen. Der Rechtsanwalt Sven Adam bezeichnete dieses Vorgehen als unverhältnismässig und sprach von einem rechtswidrigen Eingriff in den Kernbereich der Privatsphäre der Bewohner_innen. Er vertritt einen Betroffenen, der Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen die Durchsuchung eingereicht hat.

Die gefundenen Chemikalien hatten indes nichts mit den durchsuchten Mieter_innen zu tun. Sie gehörten einem ehemaligen Mieter, der sie beim Auszug vergessen hatte. Ob die Chemikalien tatsächlich so gefährlich waren, wie zunächst angenommen, ist nach wie vor unklar. Sie befinden sich immer noch zur Untersuchung beim LKA in Hannover.

Die Choreographie der Repression

Es ist immer wieder das gleiche Schema, nach dem die Ermittlungsbehörden vorgehen: die Choreographie der Repression. Polizeiliche Maßnahmen werden, vermeintliche Rechtswidrigkeit hin oder her, einfach erstmal gemacht. Ob im konkreten Fall über rechtliche Handlungsgrundlagen überhaupt nachgedacht wird, ist eigentlich unerheblich. Es sind die Gerichte, die dann mit vielen Monaten Verzögerung feststellen, dass das amtliche Handeln nicht rechtens war. Konsequenzen für die Verantwortlichen hat das in den seltensten Fällen. Der gewünschte Effekt ist trotzdem eingetreten: Menschen werden eingeschüchtert, Demonstrationen verhindert, Wohnungen durchschnüffelt.

Den Betroffenen bleibt nicht viel mehr, als im Nachhinein die Rechtswidrigkeit feststellen zu lassen, selten haben sie noch einen Anspruch auf Schadensersatz. Aber diese Möglichkeit sollten sie auch nutzen. Das fatalste, was der Linken diesbezüglich passieren kann, ist ein Gewöhnungseffekt. Viel zu oft werden vermeintliche Kleinigkeiten ob eines Ohnmachtsgefühls geschluckt, obwohl eigentlich jede_r wissen sollte, dass viele repressive Maßnahmen gegen unsere politische Praxis eben keine Rechtsgrundlage haben. Und genau da gilt es, den Staat mit seinen Mitteln zu schlagen: der Justiz. Zwar macht auch diese oft keinen

Hehl daraus, dass ihre Entscheidungen politisch motiviert sind³ - genauso gibt es aber auch Erfolge⁴. Der Ausgang des Klageverfahrens in Sachen „Geismar Landstraße“ darf mit Spannung erwartet werden.

- 3 So begründete ein Richter am Amtsgericht Göttingen sein hartes Urteil im November 2007 damit, dass er den vermeintlichen Täter dem schwarzen Block zurechnete, siehe auch „Schmusen is' nich“ in Jungle World Nr. 47 vom 22. November 2007, <http://jungle-world.com/artikel/2007/47/20727.html>
- 4 z.B. hat das Göttinger Verwaltungsgericht im April einer Demoanmelderin Recht gegeben, die gegen die Auflagen der Stadt geklagt hatte, vgl. <http://monsters.blogspot.de/2008/04/10/1020/>



Staatsschutzes im Rahmen dieser Aktion. Die Polizei behauptet im Nachhinein zwar, die Beamten des Staatsschutzes seien nur routinemässig hinzugezogen worden und wären nicht aktiv an der Durchsuchung beteiligt gewesen¹. Das stößt auf Seiten der Hausbewohner_innen jedoch auf Skepsis. Sie glauben nicht an einen routinemässigen Zufall. „Wir glauben, dass sie die Wohnungen durchsucht haben, weil sie Einblick in linke Strukturen haben wollten“ sagte der Hausbewohner Markus N..²

Die offizielle Begründung der Polizei ist freilich eine andere.

1 Vgl. Taz vom 9. Oktober 2008.
2 Vgl. ebenda.



Bachelor stärkt „Klassenbewusstsein“

In diesem Text geht es um die Auswirkungen der Einführung des Bachelor auf das Miteinander von Studierenden und Dozierenden, Konkurrenz und Leistungsdruck und mögliche Perspektiven.

Kein Land in Sicht - Alle in einem Boot

Ein Bachelor-Studium ist kein Vergnügen: Gezeichnet von Stress und dem Bestreben, sich an Vorgaben anzupassen, verunsichert angesichts zahlreicher undurchschaubarer Regelungen, versuchen wir Bachelor-Studierenden uns in überfüllten Seminaren unser Studium zurecht zu puzzeln. Dabei fühlt es sich nur allzu oft so an, als habe man den Übergang von der Schule zur Uni verpasst: Genau die gleichen Mechanismen wie in einer Schulklasse („Klassenclown*in“, „Streber*in“ etc. inbegriffen) scheinen sich hier herauszubilden, was kein Wunder ist, man ist schließlich ein Jahrgang. Alle kennen sich, alle sitzen im gleichen Boot. Man könnte gar von einer neuen Art von „Klassenbewusstsein“ sprechen, nur dass der Begriff einmal eine ganz andere Form von Klasse meinte...



Woher kommt genau dieses „Klassenbewusstsein“, was ist schieße daran und wie kommen wir da raus? Genauer: Was hat es für Auswirkungen auf das Verhältnis zu Wissenschaft, auf das Verhältnis zu anderen Studierenden, auf Konkurrenzbewusstsein und nicht zuletzt auf das Verhältnis von Studierenden und Dozierenden? Was könnten Perspektiven sein?

Zunächst soll darauf eingegangen werden, wie sich das Verhältnis von BA-Studierenden zur (kritischen) Wissenschaft durch die Veränderung der Studienstruktur gewandelt hat.

Anstatt einen Wissensaustausch in nach Semestern gemischten Seminaren zu erfahren, durchlaufen wir nun in vielen Studiengängen mindestens die ersten beiden Semester gemeinsam, nur ein paar wenige antiquiert daher kommende Exemplare „Magister“ verirren sich in die Veranstaltungen. Das führt dazu, dass ein Austausch an dieser Stelle kaum noch stattfinden kann: das Wissen, wie es geht, das Studieren, die Wissenschaft, das Hinterfragen, das sich Aneignen, das Diskutieren, die Selbstverständlichkeit von höheren Semestern zu lernen, kann nicht mehr weitergegeben werden. Und auch die Normalität, außerhalb von Lehrveranstaltungen sich auszutauschen, Problemen und Fragestellungen nachzugehen, mit verschiedensten Leuten zu diskutieren, wird verdrängt zugunsten des „Klassenbewusstseins“.

Für die Seminare bedeutet das, dass die Funktion von Diskussionen zumeist weniger die inhaltliche Auseinandersetzung ist, sondern diese eher zur Profilierung und Darstellung von „sozialem Kapital“ dienen. Was ist

damit gemeint?

Das Ganze funktioniert auf verschiedenen Ebenen: durch schlagfertige Witze an der passenden Stelle, durch ein „Musst du gerade sagen!“ (signalisiert: den oder die kenn' ich besser und ihr alle nicht!), durch Inszenierung von

„Bescheidwissen“. Das Problematisieren von Inhalten, die (theoretische) Auseinandersetzung, das wissenschaftliche oder politische Streiten um Ansichten treten dabei zwangsläufig total in den Hintergrund zugunsten einer bloßen Abwicklung des zu behandelnden Stoffes. Das merken beide Seiten, Dozierende und Studierende, was zu einem entsprechenden Umgang miteinander führt. In diesem Umfeld der Unwissenschaftlichkeit versuchen wir uns dennoch irgendwie zu behaupten. Das geschieht oft dadurch, dass sich der Anstrich von Können gegeben wird: es wird im Nebensatz geschickt eingeflochten, in welchem Buch man dies und das gelesen hat und was man sonst noch so drauf hat.¹

Darüber hinaus ist dieses „soziale Kapital“ bereits dem erschreckend ähnlich, was der Bachelor unter dem Begriff „soft skills“ zu einer seiner wichtigsten Ressourcen gemacht hat. „Soft skills“ sollen im Sinne von Teamfähigkeit, sozialer Kompetenz, (Self-)Management etc. unter verwertungslogischen Maßstäben zu einem wichtigen Bestandteil der „Lehre“ gemacht werden. Dass hier unter „Lehre“ nicht die Vermittlung und das Heranführen an wissenschaftliche und theoretische Konzepte und Themengebiete verstanden wird, sondern eine marktwirtschaftliche Ausbildung im Vordergrund steht, liegt auf der Hand. Der vermittelte Stellenwert

¹ Dieses Verhalten geht übrigens ziemlich oft von Typen aus, denn Wissenschaftlichkeit ist ein männlich konnotiertes Feld, in dem Männern in Bezug auf Sachverstand und Durchsetzungsvermögen mehr zugetraut wird. Durch einen entsprechenden Habitus können sie sich bereits vor Mitstudierenden und Dozierenden profilieren.



dieser „soft skills“ ist jedoch anscheinend so weit ins Bewusstsein der Studierenden eingedrungen, dass unbewusst auch das soziale Leben darauf ausgerichtet wird.

Auch das Verhältnis von Studierenden und Dozierenden unterliegt einem gravierenden Wandel. Es bestärken sich beide Seiten in einem schulähnlichen Miteinander. Während die Dozierenden fleißig Hausaufgaben aufgeben und die Stunden abwickeln, erwarten die Studierenden objektives Wissen vermittelt zu bekommen. Die Einführungs- oder Basisveranstaltungen, die es am Anfang des Studiums obligatorisch zu belegen gilt, wollen Handwerkszeug vermitteln und uns an das jeweilige Fach heranführen. Doch noch etwas bringen sie mit sich: durch den schematischen Aufbau ihres Inhalts (meistens, zumindest in den Geisteswissenschaften: Vermittlung wichtiger Theorien, ein Ausflug in die Geschichte des Faches, grundlegende Methodik etc. - und das alles im Zeitraffer) drängt sich einer*in der Eindruck von objektiver Wahrheit auf, als sei jenes die logische Konsequenz aus diesem, jene Theorie von dieser längst überholt und eigentlich völlig veraltet. Für eine genauere Auseinandersetzung mit dem, was als Lehrmeinung für die Klausur auswendig zu lernen ist, oder gar mit Ansätzen, die diese kritisieren, bleibt ohnehin keine Zeit. Dass es verschiedene theoretische und politische Ansätze gibt, Wissenschaft zu betreiben, tritt völlig dabei völlig in den Hintergrund. So ist z.B. Marx seit über 100 Jahren tot und damit auch nicht halb so relevant wie Postmoderne und so weiter.

Auch in den Seminaren herrscht nur allzu oft Lehrer*innen-Mentalität. Die notwendigerweise aufgrund der Kürze des BA-Studiums zusammenschrumpfenden Inhalte werden einfach abgewickelt, dazu kommt, dass am Ende nicht etwa im Vordergrund steht, eine coole Hausarbeit zu schreiben, sondern diese einfach abzuliefern, formal dem Mindeststandard entsprechend, oder lieber gleich eine Klausur zu schreiben. Dazu kommen Hausaufgaben wie Inhaltsangaben oder Exzerpte und auf die Präsentation von Referaten wird mehr Gewicht gelegt, als auf deren Inhalt. Gelernt wird hier längst nicht mehr, sich kritisch mit den Inhalten auseinander zu setzen und sich nach den eigenen Interessen und Bedürfnissen weiter zu entwickeln, sondern sich möglichst effizient den strengen

Anforderungen des BA-Studiums anzupassen und im Uni-Betrieb zu funktionieren - ganz so, wie es später für die widerstandslose Verwursthung auf dem Arbeitsmarkt erwünscht ist.

Mit dem Strom

Ein weiterer Punkt, der aus der homogenen Zusammensetzung der Seminare resultiert, ist die Einstellung der Einzelnen gegenüber dem Studium. Es gilt sich durch das Bachelor-Puzzle zu manövrieren. Klug ist, wer Veranstaltungen belegt, die keinen großen Arbeitsaufwand mit sich bringen, außerdem passen die am interessantesten klingenden Veranstaltungen meist eh nicht in den Stundenplan. So wird meistens darauf geguckt, womit sich eine Veranstaltung abschließen lässt: steht da Hausarbeit von 15 oder von 20 Seiten? Dadurch, dass die Modulpakete so fest geschnürt sind, ist es selten möglich „gute“ Seminare oder Vorlesungen zum Beispiel vorzuziehen, die Möglichkeit aufgrund des straffen Ablaufs eigentlich auch nicht wirklich vorhanden. So steht das Individuum scheinbar ohnmächtig vorm unüberschaubaren Uni-Apparat - Welcome to the machine!

Das Resultat ist eine gewisse Teilnahmslosigkeit, was das eigene Studium angeht. Kein Wunder, ist es nicht frustrierend, Dinge zu belegen, die kein bisschen interessieren, einen ungeheuren Workload zu bewältigen, obwohl da auch noch ein Job, Freund*innen, das eigene Leben sind... doch: was soll man machen? Die Fremdbestimmung ist augenscheinlich. Eigenständiges Forschen, kritisches Hinterfragen, sich in ein Thema zu vertiefen, eigene Schwerpunkte und Akzente zu setzen, das Studium politisch zu begreifen - das ist im Bachelor-Studium nahezu unmöglich. „Kinder, das könnt ihr ja dann noch im Master“, klingt es zynisch in unseren Ohren, schaffen es doch wahrscheinlich nur wenige von uns bis dahin!

Die Zusammensetzung der „Bachelor-Jahrgänge“ schafft ein abstruses Gemisch zwischen Konkurrenz und Gemeinschaftsgefühl. Das Identifikationspotential mit „meiner Jahrgangsstufe“ ist hoch, sitzen wir doch alle in einem Boot. Auch die Tatsache, der neuen Bachelor-Generation anzugehören, über die in Politik und Medien



so wild spekuliert und diskutiert wird, die ohne Unterlass bewertet und von Magister-Studierenden-Seite meist nur mitleidig abgeschätzt wird, verstärkt das Wir-Gefühl.

Und trotzdem: die Gemeinschaft reicht nur bis zur nächsten Klausurenphase, denn die Hürde zum Master ist schwer zu erklimmen, die Zeit ist knapp. Das haben alle im Hinterkopf.

Was dieser Konkurrenzdruck bedeutet, und wie man ihm begegnen könnte, darum geht es im nächsten Abschnitt.

Schiffbruch

So kommt es, dass alle misstrauisch nach rechts und links schielen, dass Menschen resigniert ihr Studium an den Nagel hängen, dass manche irgendwann einfach nicht mehr mitkommen.² Da wo ehemals „Klassengemeinschaft“ existierte und alles so super schien - Schule nur ohne Klassenlehrer*in, ohne Mathe als Pflichtfach und mit eigener Wohnung - da wird irgendwann das Tempo angezogen, da wird irgendwann klar, dass eigentlich alle Konkurrent*innen sind. So sammeln wir emsig Credit Points, machen Praktika, knüpfen Kontakte und so weiter. Den Blick nach vorn gerichtet, im Sog der Geschwindigkeit (Studiengebühren im Nacken!), mit der das Studium irgendwie einfach ohne unseren Einfluss voran schreitet.

Die Konkurrenz ist allgegenwärtig, sichtbar in Form von Profilierungsbestrebungen, oberflächlicher Kritik und anderen Formen des Ausbootens. Sie drückt sich aus in der „Anwesenheitslisten-Mentalität“: Hauptsache der*die Dozierende findet hier meine Unterschrift, sodass meine Credit Points gesichert sind. Die Konkurrenz ist hochgradig spürbar, so sind die Plätze im Master rar, die Notengrenze hoch. Aus der Ungewissheit (das Wissen darum, „Versuchskaninchen“ für das Bologna-Experiment zu sein, trägt seinen Teil dazu bei), was mit einem Bachelor-Abschluss überhaupt anzufangen sein wird, der Überforderung, der Notwendigkeit, Studiengebühren aufzutreiben zu müssen und der Fremdbestimmung resultieren Zukunftsängste, die sich nicht selten in der Abwertung der Anderen bzw. Demonstration von Überlegenheit, von Alles-im-Griff-haben ausdrücken. Auf der Gewinner*innenseite zu stehen stellt das höchste Ziel im Bildungschaos dar.

Ready to enter

Demgegenüber kann nur ein solidarisches Studieren dazu führen, ein Bewusstsein für die übergreifende

² Da verwundert es auch nicht, dass entgegen dem frommen Wunsch der Bildungs-Reformer*innen die Abrecher*innenquote seit Einführung des BA nicht gesunken, sondern deutlich gestiegen ist. Etwa jede*r dritte BA-Studierende bricht ihr Studium am - gegenüber jede*r fünften im Gesamtdurchschnitt. Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/Jeder-Fuenfte-kehrt-der-Hochschule-vorzeitig-den-Ruecken--/meldung/103528>

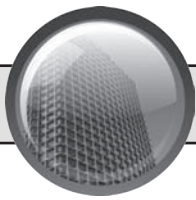
Problematik des BA zu entwickeln. Ein solidarisches Studieren wäre eins, in dem die Leute nicht nachhaken, ob es Anwesenheitslisten gibt, sondern ihre Nachbar*innen mit eintragen, wenn diese fehlen. Besser noch wäre es, die Anwesenheitslisten verloren gehen zu lassen, gibt es doch Leute, die Lohnerwerbsarbeit nachgehen müssen um sich über Wasser halten zu können, sodass sie überhaupt nicht die Möglichkeit haben die Vorlesung regelmäßig zu besuchen, an der Prüfung aber trotzdem teilnehmen wollen. Ein solidarisches Studieren wäre eins, in dem gemeinsam protestiert wird, wenn der Arbeitsaufwand für eine Veranstaltung zu hoch ist. Wenn sich der*die Dozierende regelmäßig nette kleine Hausaufgaben ausdenkt, die tendenziell eher überflüssig sind und wie Schule wirken, dann könnte ein solidarisches Handeln sein, sich gemeinsam gegen die Belastung einzusetzen und gegebenenfalls die Teilnahme verweigern, anstatt vereinzelt den Arbeitsaufwand zu bewältigen.

Es geht darum zu begreifen, dass die Vorgaben des Bachelors nicht unveränderbar sind, sondern durch direktes Handeln beeinflusst werden können.

Es geht nicht darum, in eine konservative Kritik zu verfallen und die alten Magister- und Diplomstudiengänge als vergangene paradiesische Zustände heraufzubeschwören. Es geht vielmehr darum, die bestehenden Umwälzungen auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und anhand der Widersprüche, Ungerechtigkeiten und ökonomischen Zielsetzungen eine radikale Kritik zu formulieren, die eine Veränderung in emanzipatorische Richtung zum Ziel hat.

Und gleichzeitig kann jede*r das eigene Studium versuchen außerhalb von Konkurrenz, Leistungsdruck und Verwertungslogik zu begreifen. Das hieße zum Beispiel, mehr als 6 Semester zu studieren, auch wenn Deutschland und die Wirtschaft wollen, dass wir ganz schnell fertige, arbeitswillige und anpassungsfähige Bachelor-Absolvent*innen werden. Das hieße, den unflexiblen Bachelor auf seine Spielräume abzuklopfen und die Veranstaltungen zu belegen, die dem eigenen Interesse entgegenkommen, dabei dazu beizutragen, die starre Abfolge durch Drängen auf die Belegung der eigentlich nicht adäquaten Veranstaltungen aufzulösen. Weitere Forderungen sollten in die Richtung gehen, eine höhere Anzahl Credit-Points für den gleichen Arbeitsaufwand zu bekommen (ist in anderen Ländern der Fall), Termine für die Abgabe von Hausarbeiten abzuschaffen, was meisten ohnehin nicht im Interesse der Dozierenden sondern an der Programmierung von Flex Now (!) liegt.

Proteste, Formen der Auflehnung, des Hinterfragens, Kämpfe - und vor allem eine solidarische Perspektive können an der Struktur des Bachelors etwas verändern. Es gilt, sich zu organisieren, die Vereinzelung zu durchbrechen, radikale Kritik zu formulieren, um der zur Ausbildungsfabrik degradierten Uni etwas entgegenzusetzen.



Zoff am Klinikum

Arbeiten im Krankenhaus ist ein Knochenjob. In den letzten Jahren hat sich die Situation in den meisten Krankenhäusern zugespitzt. Egal, ob sie direkt privatisiert werden oder nicht, in vielen Häusern hat ein radikales Kostenmanagement eingesetzt, dass die Beschäftigten im Wesentlichen als zu senkende Kostenfaktoren betrachtet. Das führt nicht nur zu immer schlechteren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, sondern ist auch hoch gefährlich für die Patient_innen, die es immer häufiger mit einem überforderten Personal zu tun haben. Kein Wunder - ist doch die Zahl der zu behandelnden Patient_innen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, wohingegen das Personal insbesondere in der Pflege ebenso kontinuierlich abgebaut wurde. All dies geschieht seit mehreren Jahren auch am Universitätsklinikum Göttingen (UMG).



Foto von der Aktion am Klinikum (Quelle: goest.de)

Auch hier setzt das Management auf Kostensenkung durch radikalen Personalabbau und Lohndrückerei. Hierbei hat das Management bisher vor allem die Berufsgruppen im Blick, bei denen es sich am wenigsten Widerstand verspricht. So hat es vor einigen Monaten der Gewerkschaft ver.di und dem Personalrat angekündigt den sog. Bereich Gastronomie - also Küche, Mensa, Bistro - in eine krankenhauseigene GmbH auszugründen. In dieser GmbH würde dann nicht mehr der Tarifvertrag der Länder (TVL), sondern ein Tarifvertrag des Gaststättengewerbes gelten. Dieser sieht wesentlich geringere Löhne vor. Es ist das erklärte Ziel des Vorstandes, so mehrere Millionen Euro einzusparen. Das Management attackiert damit eine Berufsgruppe, deren reguläres Gehalt schon jetzt zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist. Viele Beschäftigte in diesem Bereich bekommen jedoch nicht einmal das volle reguläre Gehalt. Denn insbesondere hier arbeiten z.B. viele alleinerziehende Frauen, für die ein Vollzeitjob ein Ding der Unmöglichkeit ist. Eine weitere Absenkung ihres jetzt schon geringen Gehalts können sich deshalb viele gar nicht vorstellen. Entsprechend groß ist der Ärger

unter den Beschäftigten der Gastronomie und es könnte sich erweisen, dass der Krankenhausvorstand seine Rechnung diesmal sprichwörtlich ohne die Wirtin gemacht hat. Offensichtlich gibt es unter der Belegschaft durchaus den Willen, den Plänen des Vorstands Widerstand entgegen zu setzen. Die Gewerkschaft ver.di verzeichnet seit Bekanntwerden der Vorstandspläne einen rapiden Mitgliederzuwachs in den bedrohten Bereichen. Eine erste Versammlung, zu der alle Gewerkschaftsmitglieder des betroffenen Bereichs eingeladen waren, war gut besucht. Hier waren nicht nur Beschäftigte der Gastronomie anwesend. Auch in anderen Bereichen des Krankenhauses geht die Angst vor Ausgründung um. Denn in den letzten Jahren hat der Vorstand bei entsprechenden Drohungen fast keinen Krankenhausbereich ausgelassen.

Deshalb waren auf der Versammlung bereits die KollegInnen von der Betriebstechnik anwesend um von ihrer Erfahrung mit zunächst erfolgreich abgewehrten Ausgründungsdrohungen zu berichten. Auf Grund der häufigen Drohungen in der Vergangenheit sehen viele Kolleginnen und Kollegen in der Ausgründung der Gastronomie nun einen ersten Testlauf. Davon, wie schwer oder leicht es der Vorstand hier hat, könnte abhängen, wie schnell weitere Ausgründungen folgen. Grund genug für alle Beschäftigten sich dem Thema Gastronomie anzunehmen. Deshalb beteiligten sich an einer ersten Protestveranstaltung bei der Tagung des Stiftungsausschusses Humanmedizin am 28.10.08 nicht nur Beschäftigte aus der Gastronomie. Aus allen Bereichen des Klinikums waren dort ca. 250 Personen zusammen gekommen, um eine solidarische Gegenwehr anzukündigen. Wie der Vorstand bereits jetzt bekannt machte, will er auch für alle anderen Beschäftigten für drei Jahre die Einzahlung in der Betriebsrente aussetzen, was für weiteren Zündstoff sorgt. So könnte aus dem lokalen Konflikt in der Gastronomie schnell ein Flächenbrand im ganzen Klinikum werden, an dem sich am Ende auch das Präsidium die Finger verbrennen könnte. Ziel der Beschäftigten sollte es jetzt in jedem Fall sein, den politischen und ökonomischen Preis für den Vorstand so weit in die Höhe zu treiben, dass er davon absieht, sich auf Kosten der vermeintlich Schwächsten im Betrieb zu sanieren. Eine Mitgliederversammlung der ver.di-Beschäftigten am Klinikum hat bereits die Bildung einer Tarifkommission beschlossen. Diese ist nötig, um im Zweifelsfall auch Streikmaßnahmen einleiten zu können. Der Winter am Klinikum könnte heiß werden.





With our Powers combined

Aufruf zur Demonstration am 13. Dezember



Foto von der Demo am 30.09.2008

Nachdem in der Nacht von Freitag auf Samstag, den 27.09. der Afro-Shop von Joseph M. im Ritterplan ausbrannte, kam es bereits am 30.09. zu einer ersten kraftvollen Demo unter dem Motto „Solidarität mit Joseph M. | Solidarität mit den Opfern von alltäglichem Rassismus.“ Demonstriert wurde im Besonderen gegen die rassistische Hetze, der Joseph in den vorherigen Monaten seitens seines Vermieters von W. ausgesetzt war sowie gegen den alltäglichen Rassismus der deutschen Gesellschaft im Allgemeinen. An Josephs Situation hat sich nach dieser Demo wenig geändert, wie auch am alltäglichen Rassismus mit dem Joseph und andere konfrontiert sind. Deshalb gehen wir am 13. Dezember erneut auf die Straße, um gegen den alltäglichen Rassismus in Göttingen und anderswo zu demonstrieren, einen neuen Afro-Shop zu fordern, und die Ereignisse nicht in -scheinbar willkommene - Vergessenheit geraten zu lassen.

Ereignisse vor dem Brand

Zur Erinnerung: Als der 54-Jährige Verleger von W. im Januar 2008 Eigentümer der Ladenräume und somit Vermieter von Joseph wurde, entstand, quasi über Nacht, ein Bedrohungsszenario gegen den Betreiber des Afro-Shops, das sich in den folgenden Monaten zugespitzt hat. Nach der Weigerung von Joseph eine völlig unbegründete Mieterhöhung von 40% zu akzeptieren, begann der Vermieter mit massiven Diffamierungen und Drohungen gegen Joseph vorzugehen. Sein Repertoire reichte von haltlosen Denunziationen bei Behörden der Stadt bis hin zu einem „Hilferuf“ an die NPD Göttingen, der auf deren Homepage unter dem rassistischen Titel „Göttinger Vermieter hat ein Negerproblem“ erschien. Mit bereitwilliger Hilfe seiner neuen Verbündeten beleidigte und bedrohte von W. die Kundinnen und Kunden des Afro-Shops und Joseph. In den Wochen vor dem Brand nahm das Bedrohungsszenario kontinuierlich zu: Neonazis tauchten im Laden auf. Darüberhinaus wurden rassistische Parolen an die Außenwand des Afro-Shops gesprüht. Wenn Joseph in solchen Situationen die Polizei rief, erschien diese mitunter gar nicht oder erst Stunden später und versuchte mittels Beschwichtigungen Anzeigen gegen von W. zu verhindern. Nach weiteren Bedrohungen kam es dann zum Brand des Ladens, der mit einem geschätzten Schaden von 60.000 Euro die Existenzgrundlage von Joseph zerstört hat.

Ereignisse nach dem Brand

Auch nach dem Brand, durch den der scheinbare Wille von W.s nach einem „Aus“ des Afro-Shops Realität wurde, hörte die rassistische Hetze und Bedrohung gegen Joseph nicht auf. In den darauffolgenden Tagen tauchten Neonazis im Hausflur zu seiner Privatwohnung auf und es wurden rassistische Parolen an die Außenwand des Hauses gesprüht. Dadurch fühlte sich auch Josephs unmittelbare Nachbarschaft bedroht.

Die Polizei interessiert sich nicht für die rassistische Vorgeschichte sondern nur für den technischen Defekt, der den Brand ausgelöst haben soll. Die Beamten, die am Brandort eintreffen, benachrichtigen Joseph nicht. Als er am nächsten Tag seinen Laden öffnen will, steht er, völlig alleingelassen, vor den Trümmern seiner Existenz. Was folgt, ist Desinteresse und Ignoranz der Polizei. Josephs Wunsch nach Informationen wird mit Schweigen und äußerstem Widerwillen begegnet. Nur durch kontinuierliche und intensive Intervention durch Vertreterinnen und Vertreter von ver.di, Linkspartei und verschiedenen linken Gruppen bekommt Joseph schließlich zumindest Personenschutz gewährt - allerdings nur für eine Nacht.

Was auch immer die Ursache des Brandes gewesen sein mag - ob Brandstiftung oder Kabeldefekt - fest steht: Der rassistische Kontext lässt sich nicht ausblenden, er muss vielmehr benannt und in eine Öffentlichkeit gebracht werden, die sich in großen Teilen durch Ignoranz und Tatenlosigkeit auszeichnet. Diese spiegelt sich u.a. in der kaum stattfindenden Berichterstattung durch das Göttinger Tageblatt wider.

Der Kontext: Alltäglicher Rassismus

Josephs Situation ist kein Einzelfall, fast täglich ereignen sich in Deutschland rassistische Übergriffe (wie z.B. im August 2007 in Mügeln) oder zeigen Neonazis vermehrt Präsenz in Städten (wie z.B. in letzter Zeit in Göttingen). Möglich wird dies durch das Schweigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und durch einen in ihr weitverbreiteten Alltagsrassismus. Symptomatisch hierfür ist nicht nur das Verhalten des von W., der einerseits ein in der Göttinger Kulturszene etabliertes Magazin herausbringt und sich andererseits - neben seiner Nähe zur NPD - mit dem Uslarer Anwalt K. Kunze einen Rechtsbeistand gewählt hat, der u.a. als Stammautor bei der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ einschlägig bekannt ist; Sondern auch das Schweigen einer sich als „weltoffen“ gebenden Stadt und die Ignoranz der ermittelnden Polizei. Hierbei ist es sicher kein Zufall, dass diejenigen, die sonst im Morgengrauen abschieben, dem Opfer einer rassistischen Hetzkampagne nicht die geringste Sensibilität entgegenbringen. Joseph trifft der alltägliche Rassismus dieser Gesellschaft besonders hart - durch das aggressive Vorgehen seines Vermieters von W., aber auch durch die Gleichgültigkeit von Behörden und Öffentlichkeit. Umso mehr muss deshalb unsere Solidarität Joseph gelten!

Eine Vertreibung des Afro-Shops durch das Zusammenspiel von Rassismus und Gleichgültigkeit ist für uns nicht hinnehmbar! Deswegen fordern wir - auch von der Stadt Göttingen - Unterstützung für einen neuen Afro-Shop in der Innenstadt.

With our powers combined: Das Schweigen brechen!

Kein Raum für Nazis und andere RassistInnen!

buendnis_gegen_rassismus@gmx.de

Rassistischer Alltag in Göttingen und anderswo

- Oder: Warum sich das nur ändert wenn alles anders wird

Ganz gleich, was die Ursache des Brandes war, der die Existenzgrundlage von Joseph zerstört hat, der rassistische Kontext lässt sich nicht ausblenden. Deshalb soll es im folgenden Text darum gehen eben jenen rassistischen Kontext in seiner Gesamtheit zu erfassen.

Sandkorn in der Wüste

Der Umgang von Seiten der Stadt und der Polizei ist als skandalös zu bewerten. Schließlich werden diese Institutionen nicht einmal ihrem eigenen Anspruch als demokratische Instanzen gerecht. Allerdings sollte der Vorfall in seiner Ganzheit betrachtet werden und nicht als isoliertes Element. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Rassismus in der bürgerlichen Gesellschaft ein strukturelles Phänomen darstellt und damit direkt aus ihrer Mitte heraus auftritt. Neo-Nazis und der Vermieter Herr von W. stellen dabei nur die Spitze des Eisberges dar. Der alltägliche Rassismus tritt erst über explizite Auftritte zutage, und bietet für die Mitte der Gesellschaft, von „Die Linke.“ bis zur CDU ein vielseitig anwendbares Abgrenzungsinstrument. Wer gegen Nazis auf die Straße geht und sich fleißig von ihnen abgrenzt, kann in den Augen der bürgerlichen Denker*innen kein schlechter Mensch sein. Damit wirken Neo-Nazis für die demokratischen und geläuterten Menschen als identitätsstiftend insofern, als dass sie sich auf der richtigen Seite wähnen. Diese Identität und Selbstwahrnehmung könnte irreführender nicht sein.

Eine erste Denkanstrengung stellt die Betrachtung der unterschiedlichen Lager der bürgerlichen Parteien dar, die allesamt die Affirmation der deutschen Nation zur Grundlage haben. Je weiter mensch in die Positionen des rechts-konservativen Lagers hineinschaut, desto mehr kristallisiert sich heraus, was bei Neo-Nazis zur Praxis wird. Der gern, auch bis in den rechten Flügel der SPD, propagierte „gesunde“ Patriotismus, der in Anschlag gegen einen „ungesunden“ Nationalismus gebracht wird, entpuppt sich bei der genaueren Betrachtung als eine inhaltslose und damit bloß identitäre Differenzierung. Inhaltlich werden beide Begriffe, zumindest in Deutschland, deckungsgleich verwendet mit dem einen Unterschied, dass ersterem ein demokratischer Lack anhaftet und letzterer mit Rechtsextremismus assoziiert wird. Diese Differenzierung wird von vielen Bürger*innen getragen, was sich dann auch explosionsartig in (als patriotisch bezeichneten) nationalistischen Exzessen bei

der Fußball-WM in Deutschland im Jahr 2006 und dann zum wiederholten Male - was auf eine Systematik deutet - bei der Fußball-EM 2008 äußerte. Abgesehen von den zahlreichen Deutschlandfahnen die auch weiterhin, nach dem „Event“, viele Städte prägen, haben auch öffentlich agierende Rechtspopulist*innen und die so genannte „neue Rechte“ keine großen Schwierigkeiten ihrer Ideologie freien Lauf zu lassen. Dies bildet den öffentlichen Rahmen für die Hetzjagd in Mügeln im Jahr 2007 und für die Angriffe auf Dönerläden und Türk*innen in Dresden während der „Public Viewings“ 2008. Beide Taten weisen zumindest eine Gemeinsamkeit mit den Pogromen von Rostock Lichtenhagen und Mölln Anfang der 1990er auf. Die „guten“ Deutschen haben zugeschaut und zum Teil die „bösen“ Deutschen angefeuert.

Dieses Klima wird durch die Propagierung und Ausübung eines als Patriotismus bezeichneten Nationalismus angeheizt und somit finden die Täter*innen in der Mitte der Gesellschaft ihre politische Legitimation. Der offen zu Tage tretende Rassismus findet eine weitere Legitimation im weit verbreiteten Wohlstandschauvinismus. Die Angst vor ökonomischem Krisen und Verfall - und damit die unbewusste Ahnung über die tendenzielle Brutalität des Kapitalismus - bringt viele Bürger*innen dazu, sich über eine Hintertür zu Befürworter*innen der Asyl- und Außengrenzenpolitik Deutschlands und der E.U. zu machen. Aussagen wie „Das Boot ist voll“ und „Das System würde zusammenbrechen wenn alle Ausländer rein kommen würden.“ sind dabei nur die meistgenannten „Argumente“ wohlstandschauvinistischer Natur. Was hier „kritisiert“ wird, sind bloß die Auswirkungen systematischer Ungerechtigkeit. Was sich tatsächlich über die „Kritik“ äußert, ist die projektive Angst des bürgerlichen Bewusstseins, das versucht mittels Ideologie die Welt zu erhalten wie sie für das „Ich“ am angenehmsten erscheint.

Nur vor diesem Hintergrund wird verständlich, wie es sein kann, dass das Asylrecht in Deutschland seit 1993 faktisch abgeschafft ist. Es ist auch nicht zufällig, dass im gesamten EU-Raum, die Asylgesetze eingeschränkt werden und bislang bis zu einer halben Million Menschen an den EU-Außengrenzen gestorben sind. Diese Tatsachen weisen eine Systematik auf, die alle politischen Parteien teilen, an deren Prämissen sie nicht zu rütteln wagen, falls sie denn überhaupt auf die Idee kommen würden. Denn das Einzige was die Menschen, die vor den Außengrenzen sterben oder die abgeschoben werden, von EU-Bürger*innen unterscheidet, ist, dass sie nicht den passenden Fetzen haben, auf dem steht, dass sie Teil der kapitalistischen Metropolen sind.

Dieser Fetzen - das zeigt die Systematik bereits - ist Ausdruck eines Rassismus. Nämlich der

★theaterkeller★

göttingen · geismarlandstraße 19 · 0551/43778



Foto: Spanische Grenzpolizei überwacht die Grenzmauer bei Melilla, die Europa abschotten soll.

(institutionalisierten) Unterscheidung in ein „Wir“ und „nicht-Wir“. Für diese Unterscheidung brauchte/braucht es verobjektivierte Kriterien um die einen Menschen von den anderen unterscheidbar zu machen. Warum ein Mensch hier leben darf und ein anderer nicht, ist eben nicht einfach zu begründen. Das haben die Aufklärer*innen schon vor gut 200 Jahren gewusst.

Deshalb ist die Grundlage einer jeden Nation unter anderen Aspekten auch die Aufteilung von Menschengruppen in „Völker“ die, mithilfe der Naturwissenschaften, zu biologisch verschiedenen gemacht werden sollten. Es folgt in der Moderne ein Prozess der Klassifizierung und Ethnisierung, die bestimmten Menschen aufgrund ihrer sogenannten Zugehörigkeit zu einem „Volk“ bestimmte Eigenschaften zuweist.

Diese Ethnisierung, die sich in den seltensten Fällen auf real gegebene soziale Phänomene bezieht, hält bis heute stand in Form von Nationalstaaten im Allgemeinen, völkischem Multikulturalismus oder der Ethnisierung von Menschengruppen im Besonderen.

Diese neuen Formen des Rassismus finden allesamt ihre Grundlage und politischen Ausgangspunkt im Nationalstaat. Damit wird der positive Bezug auf Nationalstaaten - dessen Kritik immer auch reflektiert und am konkreten Nationalstaat artikuliert werden muss - zu einer Affirmation rassistischer Denkstrukturen und materiell gewordener Institutionen. Sei dies anhand offen zutage tretender Mechanismen wie die gesetzlich geregelte Ausgrenzung und Illegalisierung von Migrant*innen oder anhand der subtileren Form durch die Konstruktion einer „Wir“ und „nicht-Wir“-Identität.

Der positive Bezug auf die deutsche Nation beinhaltet hierbei eine spezifische Form des Rassismus. Dadurch, dass das politische Konstrukt „Deutschland“ nicht als Teil einer bürgerlichen und damit einer „demokratischen“ Revolution entstanden ist, sondern der Entstehungsprozess eine sonderbare Verquickung von bürgerlicher Produktionsweise und gegenaufklärerischem Autoritarismus darstellt, ist auch der Rassismus von besonderer Qualität. Mehr als andere Nationen definiert sich die Deutsche als eine „Schicksals- und Blutgemeinschaft“, die sich im Zuge ihrer Entstehung

politisch von der Französischen Nation und damit in einem Zuge von der Aufklärung abgrenzte.¹

Diese historischen Prozesse wirken über die Deutsche Barbarei bis in die Gegenwart fort, prägen auch heute noch die Debatte und liefern Neo-Nazis die Grundlage ihrer ideologischen Umtriebe. Die versuchte Differenzierung zwischen „Patriotismus“ und Nationalismus, der Bezug auf Deutschland als „Kulturnation“ und die damit verbundene Abschaffung des Asylrechts sind Eckpunkte des rassistischen Normalzustandes. Und es ist dieser Normalzustand, der die rassistische Hetze eines von W. überhaupt erst ermöglicht.

Fazit:

Wenn wir uns die aktuellen Geschehnisse in Göttingen und darüber hinaus anschauen, sollten wir nicht in spektakuläre Empörung verfallen. Vielmehr sollten beide Ebenen bedacht werden. Einerseits sollte eine unmittelbare Auseinandersetzung auf allen Ebenen mit den Agent*innen des rassistischen Alltags stattfinden. Das bezieht sich auf einen von W., auf agierende Neo-Nazis (zum Beispiel im Bezug auf die NPD oder auf den Tattoo-Shop „Zettel am Zeh“ in Bad Lauterberg) sowie auf die Schreibtischtäter*innen in der Ausländerbehörde. Andererseits sollte eine Kritik formuliert werden, die diese Menschen nicht als „Ausrutscher“ begreift, sondern als solche, die als Ausdruck einer materialisierten Struktur funktionieren und agieren. Es gilt sie als Menschen zu begreifen, die in einer politischen Öffentlichkeit agieren, die gerade in Krisenzeiten dazu tendiert menschenverachtenden Ideologien den Weg zu bereiten.

Aus der obigen Argumentation folgt, dass nur wer das politische Konstrukt „Nation“ ablehnt und sich deshalb auch nicht auf dessen Institutionen zur Rettung beziehen kann, auch antirassistisch kritisieren und handeln kann. Denn nur vor der Reflexion der historischen und gesellschaftlichen Bedingungen lässt sich fassen, warum Rassismus seit den bürgerlichen Anfängen so zentral ist für gesellschaftliche Dynamik und Stabilisierung und warum er auch heute noch derart wirkmächtig ist.

felix@bb-goettingen.de

1 Vgl. hierzu: <http://bg-geschichte.org/83>



Foto: Zur Eröffnung des Autonomicums gab es Sekt und Eröffnungsreden

Willkommen an der Uni, Autonomicum Freiraum Café!

Nach der Besetzung des MZG1140 im Januar und den darauf folgenden Auseinandersetzungen um einen selbstorganisierten Freiraum an der Uni ist im Juni der erkämpfte Raum im Erdgeschoss des blauen Turms bezogen worden. Über die Semesterferien haben die Nutzer_innen sich eingerichtet und im Oktober zur offiziellen Einweihungsparty geladen.

Vorgeschichte – vom Kollabs...

Vor ca. 2 Jahren nutzte die Uni den damaligen Brand im Oeconomicum, um dort die Räume genau so neu zu sortieren, dass das damalige selbstverwaltete Café Kollabs trotz bestehendem Nutzer_innen-Vertrag nicht mehr darin vorkam. In einem trockenen Schreiben erklärte damals die Raumverwaltung in wenigen Sätzen den Nutzer_innen, den Vertrag auslaufen zu lassen und in der Restlaufzeit den darin zugesicherten Raum nicht mehr zur Verfügung zu stellen.¹

Die Nutzer_innen reagierten trotz Verleumdungskampagne gegen das damalige Café (man dachte sich aus der Verantwortung ziehen zu können, wenn man einfach dem Kollabs den Brand in die Schuhe schiebt – wofür bis heute keinerlei Belege gefunden sind)² darauf sehr verhalten und genau so, wie es die Uni gern hat: Sie suchten Verhandlungen. Verhandlungen hat die Uni deswegen gerne, weil man sich offen geben kann aber sich dennoch keinen Zentimeter bewegen muss.

... zur Besetzung des MZG1140

Nach 2 Jahren ohne nutzbaren Raum entschlossen sich einige Studierende (darunter nicht nur ehemalige Kollabs-Nutzer_innen, sondern auch viele die neu dazu gekommen

waren, um einen neuen Freiraum zu erkämpfen) sich nicht länger von der Uni vorführen zu lassen. Sie nahmen die Gestaltung ihrer Umgebung selbst in die Hand und besetzten den Raum MZG1140 zwischen ZHG und blauen Turm.

Der Raum schien in den 2 Wochen, die die Besetzung andauerte, in der Tat ein zentrales Bedürfnis vieler Studierender anzusprechen: Über 50 Leute drängten sich mich mitunter in den kleinen Raum. Die Uni-Leitung setzte die Besetzung merklich unter Druck. Man erklärte sich als erstes selbstverständlich – was auch sonst – verhandlungsbereit. Auch dies zunächst mehr Schein als Sein – die Angebote, die den Nutzer_innen gemacht wurden waren lächerlich.³ Aber genug um den Nutzer_innen fehlende Verhandlungsbereitschaft unterstellen zu können und den Raum gewaltsam durch die Polizei räumen zu lassen. Aufgrund des besonnenen Verhaltens der Nutzer_innen verlief die Räumung jedoch recht friedlich und ohne Verletzungen oder Sachschaden durch die Polizei.

Widerstand notfalls aus dem Blickfeld prügeln zu lassen ist aber bekanntlich nicht immer besonders zielführend. Die Uni provozierte damit die dynamische Spontandemo am darauf folgenden Tag, die deutlich machte, dass die Nutzer_innen jederzeit sich einen neuen Raum holen könnten. Während die Demo in der Innenstadt durch ein kreatives „out of control“-Konzept⁴ immer wieder die Spaliere der Polizei abschüttelte, drang sie am Campus bis zu dem kurz zuvor geräumten Raum vor und machte deutlich, dass die Besetzer_innen jederzeit zurück kommen könnten, wenn

1 Ausführlicher über die Kündigung des Kollabs siehe „Gelegenheit macht Diebe“, <http://bb-goettingen.de/615>
 2 Mehr zu den Unterstellungen in „Der Brand im Oeconomicum und die Unterstellungen gegen das Cafe Kollabs“, <http://bb-goettingen.de/1028>

3 Es handelte sich zunächst um einen Raum im abrisssbereiten ehemaligen Heizwerk, dem die Uni-Leitung selbst ca. 3 Monate noch gaben, bis das Gebäude eingerissen werden sollte. Im Anschluss sollte ein Raum im AstA-Gebäude umfunktioniert werden – vermutlich in der Hoffnung, Konflikte zwischen AstA und linker Basisaktivität instrumentalisieren zu können.
 4 Mehr über das „out of control“-Konzept im Interview „Repressionen auf Demos und Gegenstrategien“ mit einer Basisgruppen-Aktivistin unter <http://bb-goettingen.de/1070>

sie wollten.

Weitere Aktionen wurden angekündigt, die den Vertreter_innen der Uni wohl entgütlich kalte Füße bereiteten. Plötzlich lag ein zuvor immer als unmöglich behauptetes Angebot auf dem Tisch, dass den Kriterien der Nutzer_innen sogar mehr entsprach, als zu erwarten gewesen wäre. Die Uni stelle einen Raum im Keller des Blauen Turms zur Verfügung, der gerade durch den Umzug des StudIT frei geworden war.

„...und raus bist du!“ – Kriminalisierung von Demonstrierenden

Dass die Spontandemo nach der Räumung selbst bestimmen wollte, wo es lang geht, und dies mittels des „out of control“-Konzept auch teilweise durchzusetzen vermochte, wollte die Polizei wohl nicht auf sich sitzen lassen. Außerdem muss das massiv übertriebene Polizeiaufgebot, dass seit wenigen Jahren jede Demo in der Innenstadt mit Spalier begleitet, irgendwie gerechtfertigt werden.

Da also von der Demonstration keine wirklichen Straftaten ausgingen, tat Staat, was er in solchen Fällen gerne tut: Ein Aktivist, von dem auf der Demo fleißig Video-Aufzeichnungen gemacht wurde, wurde herausgepickt, um ihm erfundene Straftaten anzudichten. Dieser muss sich jetzt mit Strafverfahren zu angeblichem „Landfriedensbruch“ auseinandersetzen – letztlich dafür, an einer Demonstration teilgenommen zu haben.⁵

Der Angriff auf einen Einzelnen muss daher als Angriff auf die Freiraum-Kämpfe insgesamt gewertet werden: Kriminalisiert wird hier nicht nur ein Aktivist, sondern die Spontandemo insgesamt. Demonstrieren selbst, zumal unangemeldet, soll hier bereits den Geruch des Illegalen bekommen. Hier ist also die Solidarität von uns allen gefragt.

Von „Interessenvertretung der Studierenden“

Über die Besetzung würde auch im Studierendenparlament diskutiert. Die damaligen Vertreter_innen des AStA (ADF und Jusos) zeigten sich sehr verhalten, sich in die Auseinandersetzung einzubringen. Obwohl gerade die Tonangeber_innen der ADF gerne gegen jede Kritik darauf bestehen, dass sie allem voran stellvertretende „Interessenvertretung der Studierenden“ leisten würden, schien dies für sie die studentischen Belange nicht zu tangieren. Es wurde sich damit aus der Affäre gezogen, dass man sich doch nicht auf „illegale“ Formen einlassen dürfe. Schließlich könne man auch ohne Druck erzeugende Maßnahmen – ja was sonst – verhandeln. So hielt sich der AStA heraus und überließ es doch den Studierenden selbst, ihre Interessen in die Hand zu nehmen. Dies wahrlich grandiose Ironie, denn das ist schließlich seit jeher Grundsatz der emanzipatorischen Kräfte wie dem BB, dass Interessenvertretung von den Betroffenen an der Basis selbst organisiert, statt von angehenden Berufspolitiker_innen „vertreten“ gehört – nur mit dem Unterschied, dass

ein basisdemokratischer AStA seine Möglichkeiten nutzen würde, diese zu unterstützen.

Nun könnte man sich darüber beschweren, dass der AStA sich nicht eingemischt hat. Es stellte sich allerdings sehr bald heraus, dass es für die Betroffenen meist auch besser ist, wenn dieser AStA nicht mitmischt. In der ersten öffentlichen Erklärung vom AStA, die erst kam, als der Raum polizeilich geräumt wurde, wurde nicht etwa das harte Vorgehen des Uni-Präsidiums kritisiert, sondern dieses lediglich „bedauert“ und damit entschuldigt, dass letztlich die Besetzer_innen selbst daran Schuld seien: Darin heißt es, die Besetzer_innen „müssen [...] sich verhalten lassen, dass sie durch Annahme bereits des ersten Übergangsangebotes der Universitätsleitung ihre rechtswidrige Protestform hätten aufgeben und weiteren Spielraum für eine Verhandlungslösung gewinnen können.“⁶ Damit machte der AStA entgütlich klar, dass ein Polizeieinsatz gegen die Studierende vom AStA weniger Widerspruch provoziert, als selbstbestimmte Basisaktivität in der Studierendenschaft. Folgerichtig versteht sich der AStA hier auch nicht mehr als „Interessenvertretung“ der Studierenden, sondern bestenfalls als neutraler Vermittler: „der AStA ist [...] auch weiterhin bereit bei Bedarf vermittelnd zwischen den Streitparteien tätig zu sein“.

Aber auch hinter den Kulissen wurden Vertreter_innen der ADF aktiv, nur ganz und gar nicht im Sinne ihrer „Vertretenen“. So stellte sich in den Verhandlungen um den jetzigen Raum nur zufällig heraus, dass ein ADF-Vertreter dafür verantwortlich zeichnete, dass die Uni auf ein Nutzungsentgelt (Stromkosten) für den Raum bestand. Das war zuvor nie in der Debatte, jedoch sah sich die Uni-Leitung dazu genötigt, um nicht in Konflikt mit den AStA zu kommen: Der AStA zahlt schließlich für sein Raum-Projekt im Keller des VG („Vertigo“) den Strom, also soll das Autonomicum damit nicht billiger weg kommen. Dem AStA war es ja schon beim Bau des „Vertigo“ Wert, mehr als die Hälfte des Jahreshaushaltes zu verpulvern, um einen Konflikt mit der Uni aus dem Weg zu gehen. Statt die Uni dafür in die Kritik zu nehmen, dass diese seit der VG-Renovierung schlicht keine studentischen Parties mehr zulassen will, wurde ein eigener Raum für rund 350.000 € gebaut.⁷ Gleiches gilt dann auch für die Stromkostenfrage: Statt mal entschlossen die Uni unter Druck zu setzen, besteht der AStA einfach darauf, dass auch die anderen mehr zahlen sollen. Wahrlich eine Glanzleistung „studentischer Interessenvertretung“.

Nun könnte man sich fragen, welches Interesse der AStA überhaupt hat, den Initiativen der Studierenden sich in den Weg zu stellen. Gewiss spielen in der ADF-Ideologie Anti-Linke Ressentiments seit der Gründung in den 90er-Jahren eine zentrale Rolle. Diese entwickeln sich mitunter auch schonmal zur Paranoia vor allem, was als „Links“ wahrgenommen wird.⁸ So befürchtet die ADF wohl durchaus,

6 <http://asta.uni-goettingen.de/index.php?id=941>

7 Vgl. „ADF-Gebühren-Abzocke“ <http://www.bb-goettingen.de/1076>

8 Ein Beispiel von vielen: Zu den Gegenaktivitäten zu einem Nazi-Aufmarsch im Jahre 2005 etwa halluzinierte Sven Grünwald (ADF) in einem Artikel in der „AStA

5 Vgl. „Stupa verurteilt Polizeieinsatz auf dem Campus - Anzeige wegen Anwesenheit auf Spontandemo“, <http://bb-goettingen.de/1069>

dass dem jetzigen AstA die Wähler_innen davon laufen, wenn Basisaktivitäten, wie die Erkämpfung von Freiräumen, Erfolge zeigen. Das würde ja gerade die Stellvertreter_innen-Politik der Mächtigen-Berufspolitiker_innen von ADF & Co als jenen handlungsunfähigen Ansatz bloßstellen, der seit Jahren im AstA herum sitzt.

Seit missglückter Gegenstimmungsmache versucht der AstA nun selbst auf den Freiraum-Zug aufzuspringen. Das AstA Geldverbrennungs-Projekt des „Vertigo“ wird neuerdings in der Revista auch „selbstverwalteter Freiraum“ genannt.⁹ Dass andere Studierende einen Raum auf viel sinnvollere Weise erkämpft bekommen haben, stellt selbstverständlich die Schmussepolitik des AstA in den Schatten. Ein möglicher Grund, dem Autonomicum Steine in den Weg zu legen. Schon allein deswegen wäre es verkehrt, den VG-Keller als Zugewinn für die studentischen Räume an der Uni zu betrachten, denn für die ADF war dies von vornherein ein Konkurrenzprojekt zu den Aktivitäten der studentischen Basis selbst, um den eigenen Ruf und die Machtposition im AstA abzusichern.¹⁰

Das Autonomicum

Im Juni wurde der neue Raum im Erdgeschoss des Blauen Turms bezogen. Inzwischen haben sich die Nutzer_innen ganz gut eingerichtet: Kaffee und Tee werden auf Spendenbasis organisiert. Jede kann sich einen Umsonst-Kaffee nehmen, unabhängig davon, ob man gerade genug Geld in der Tasche dafür hat. Die Spendenkasse sorgt hier für eine Umverteilung. Dies ist ein erster kleiner Ansatz für den Versuch, Alternativen zum bestehenden Leistungszwang erfahrbar zu machen.

Neben spendenbasiertem Umsonst-Kaffee und -Tee

Revista“ über gewaltbereite Linke, die unter anderem mit Eisenstangen auf Polizist_innen eingeschlagen haben sollen. Selbst die Polizei wusste davon nichts zu berichten. Grünwald diente seine Phantasie jedoch dazu, die linken Gegenaktivitäten mit Gewalttaten der Nazis gleich zu setzen, und einen Artikel zu schreiben, der von der Gefahr, die von rechtsextremen Gewalttaten ausgeht, nichts weiß (sie werden als Karnevalsverein verharmlost), aber im Antifaschismus eine übermächtige Bedrohung ausmacht. Vgl. „Rinks und Lechts? Vom Velwechsern.“, <http://www.bb-goettingen.de/408>, „Alles das Gleiche!“, <http://www.bb-goettingen.de/1330> bzw. „D'r (NPD-)Zock kütt - 399 Luftballons“ aus AstA-Revista Nr. 123 vom Dezember 2005, Seite 7

⁹ AstA Revista Nr. 139, Jul 2008

¹⁰ In diesem Kontext verwundert es auch nicht, dass der AstA keine Miene verzog, nachdem zahlreiche (nicht nur linke) Fachschaften und Fachschaftsräte einen offenen Brief an den AstA richteten und erklärten, dass sie den Raum unter den Bedingungen des AstA-Konzept nicht nutzen könnten und die Finanzierungsgrundlage für Wahnsinn halten. Die Ignoranz des AstA gegenüber den Fachschaften offenbart die Leere, die in seinem Begriff von „Selbstverwaltung“ steckt und zeigt einmal mehr, dass es dem AstA in erster Linie um Profilierung gegenüber den Freiraum-Aktivist_innen geht. Der Brief ist dokumentiert unter: <http://bgjura.blogspot.de/2008/06/16/viel-spass-mit-den-schulden-wir-feiern-waunders/>

findet sich im Raum eine Sofa-Ecke, ein Arbeitsplatz mit zwei Computern, diverse Café-Tische in angenehmer Atmosphäre. Im Raum lässt sich ein Kaffee zwischen den Uni-Veranstaltungen genießen, ein Buch lesen oder sich zum planen der nächsten Demo treffen. Der Raum ist wochentags täglich bis 24h offen und für jede nutzbar.

Auch für Veranstaltungen wird der Raum inzwischen rege von verschiedenen Gruppen genutzt: Für Veranstaltungen, die dem emanzipatorischem Anspruch des Raumes nicht widersprechen, ist der Raum jederzeit offen. Über einen Zeitplan kann jede Gruppe eintragen, wann sie eine Veranstaltung machen möchte. Einzige Einschränkung die auf dem Nutzer_innen-Plenum beschlossen wurde, ist, dass keine Veranstaltung andere aus dem Raum verdrängen soll - die Offenheit muss gewahrt bleiben.

Die Gestaltung des Raumes und organisatorische Fragen werden auf dem offenen Nutzer_innen-Plenum besprochen, das sich momentan alle 2 Wochen Freitags um 16 Uhr im Raum trifft. Um den Raum sauber zu halten und die Versorgung mit Kaffee usw. am laufen zu halten, haben sich die Nutzer_innen entschlossen, wöchentliche CareGroups einzurichten: Jede Woche finden sich einige Nutzer_innen zusammen, die die Verantwortung dafür übernehmen, zu schauen, dass immer alles da ist, was gebraucht wird, und im Zweifelsfall mal geputzt wird, wenn dies nicht bereits in Eigenregie passiert. Wer also den Raum unterstützen möchte, kann sich mit Freund_innen zusammen tun und mal eine CareGroup bilden.

Freiraum, wieso eigentlich?

„Wozu braucht es ein weiteres Café an der Uni?“, könnte mensch sich fragen. „Beim Kampf um den Raum ging es nicht um Kaffee, sondern um Freiräume“, könnte mensch antworten. Nicht erst die Einführung von BA-Studiengängen hat dafür gesorgt, dass den Studierenden die Kontrolle darüber, ihren eigenen Alltag zu gestalten, weiter entzogen wurde. Auch an der Uni, wie im Rest der Gesellschaft auch, bewegen wir uns nicht in einer Umgebung, die wir selbstbestimmt gestalten. Im Gegenteil: Die Umgestaltung der Uni-Räume, die mit der Renovierung diverser Uni-Gebäude einhergeht, die zunehmende Verschärfung von Plakatierverbot und Durchregulierung des Erscheinungsbildes Uni und des Studiums sprechen gegenüber denen, die sich dort aufhalten, eine deutliche Sprache: Nicht einfach ein Ort, an dem sie sich aufhalten und entsprechend diesen nach ihren Bedürfnissen gestalten, soll die Uni sein. Vielmehr als Kund_innen oder Gäste sollen sich Studierende verstehen, die per Zahlung von Studiengebühren und Ablegen ständiger Prüfungsleistungen die Ware Bildungszertifikat erwerben. Das Kundenverständnis sorgt dabei dafür, dass als frei verhandelter „Vertrag“ erscheinen kann, was eine durchregulierte Verwertbarmachung für eine verrückte Gesellschaftsordnung ist. Eine Gesellschaftsordnung, die sich nicht um die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen schert, sondern um die reibungslose Wertverwertung und entsprechend notwendiges „Humankapital“ sich sorgt. Nicht als freie Menschen, die sich gemeinsam darauf

verständigen, wie sie hier aufeinandertreffen wollen, sondern als Abhängige einer autoritären Institution, die die Bedingungen ihrer Wissensaneignung vorgibt, stehen wir also auf dem Campus.

Gegen solche „Entfremdung“ von der eigenen Umgebung, die die kapitalistische Gesellschaft insgesamt kennzeichnet und eben auch an der Uni sich wieder findet, richtet sich der Kampf um Freiräume. Räume, die selbstbestimmt von denen gestaltet werden, die sich darin aufhalten, ist ein Ziel dieser sozialen Auseinandersetzungen – darin lehnt sich der Kampf um einen Freiraum an der Uni eng an Hausbesetzer_innen-Bewegungen an und steht im Kontext von ähnlichen Kämpfen, wie etwa die Auseinandersetzungen rund um die „heretostay“-Kampagne vergangenen Jahres.¹¹

Räume wie das Autonomicum sind längst keine Überwindung dieses Zustandes. Aber sie bieten zum einen einen Schutzraum, eine Möglichkeit, sich dem Leistungszwang an der Uni und den Herrschaftsverhältnissen ein wenig zu entziehen. Zum anderen schaffen sie einen Raum, in dem Selbstbestimmung erfahrbar wird. Sie halten also das Bewusstsein darüber, dass es auch anders geht, wach. Darüber hinaus aber bieten sie einen Ort, an dem konkret Alternativen zum fremdbestimmten Alltag entwickelt und ausprobiert werden können, die über die bestehende Gesellschaftsordnung hinaus weisen. Solche alternativen Praktiken des Zusammenlebens zu entwickeln, die sich von den herrschaftsförmigen unterscheiden, die wir sonst gewohnt sind, ist ein notwendiger Bestandteil emanzipatorischer Praxis, die auf gesellschaftlichen Wandel abzielt.

Bei der Aneignung des eigenen Lebensumfeldes wäre es aber verkehrt davon auszugehen, dass dies in einer

¹¹ Die „heretostay“-Kampagne ist ein Zusammenschluss von Bewohner_innen selbstverwalteter Studierendenwohnheime in der Roten Straße, Gotmarstraße, Kreuzberggring, Goßlerstraße, die sich gegen den Vorstoß des Studentenwerks, den Bewohner_innen weite Teile der Kontrolle über ihre Wohnungen zu entziehen, vergangenen Jahres erfolgreich zur Wehr setzte. Vgl. Artikel unter „here to stay“, www.bb-goettingen.de/1115

„Freiheit“ davon, sich kritisch auch mit seinem eigenen Verhalten auseinander zu setzen, ginge. Das „Frei“ in Freiraum steht in erster Linie für das Bestreben nach Freiheit von Herrschaftsverhältnissen und Fremdbestimmung. Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft hat allerdings viele Formen und drückt sich in Verhältnissen wie Patriarchat, Rassismus, Autoritarismus, Arbeitszwang aus. Solche Herrschaftsverhältnisse hören nicht vor der Tür eines Freiraums auf. Sie strukturieren nicht nur die bürgerliche Gesellschaft insgesamt, sondern das Denken und Handeln jedes Einzelnen. Bei einem Raum, der über Herrschaft und Fremdbestimmung hinausweisen soll, muss es also auch immer darum gehen, solche Strukturen abzubauen. Das heißt dann auch, dass Sexismus, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Autoritarismus usw. im Raum und bei sich selbst aktiv bekämpft gehören. Nicht zuletzt deswegen hängt an der Tür das Schild, dass Verbinder und Burschenschafter, die offen herrschaftsförmigen Umgang praktizieren, im Raum nichts zu suchen haben¹². Sexistisches, homophobes, rassistisches, nationalistisches usw. Verhalten, welches andere Menschen aus dem Raum verdrängt, wird von den Nutzer_innen im Raum nicht geduldet.

Da sich Strukturen etwa wie patriarchale Arbeitsteilung (Frauen putzen, Männer nutzen) auch immer wieder unbewusst herstellen können, braucht es eine Reflexion darüber, wie die Gestaltung des Raumes funktioniert. Für solche Themen soll auch das Plenum einen Raum bieten, darüber zu reflektieren, wie die Selbstorganisationsstrukturen funktionieren und an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht.

Der Kampf um das Autonomicum Freiraum-Café kann als erster Erfolg gewertet werden. Er zeigte, dass ein bedachtes aber entschlossenes Vorgehen durchaus noch in der Lage ist, emanzipatorische Veränderungen durchzusetzen. Aber das Autonomicum ist erst ein erster kleiner Schritt zu einer freien Gesellschaft ohne Fremdbestimmung und Herrschaft.

info@bb-goettingen.de

¹² Über das Verhältnis von Studentenverbindungen/ Burschenschaften und Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus usw. vgl. Artikel unter „Studentenverbindungen“, www.bb-goettingen.de/?973

Foto: DIY - Aktivist_innen renovieren das Autonomicum





Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Was heißt "Basisdemokratie"?

Uni-Politik funktioniert - ganz grob - in etwa so, dass einmal im Jahr alle mehr oder minder interessierten Studis ihre Stimmen abgeben und diverse studentische Parlamente und anderweitige VertreterInnen wählen. Danach ist das Thema „Uni-Politik“ erstmal gegessen und bleibt denen überlassen, die mit dem Amt der „studentischen Interessenvertretung“ betraut wurden.

Neben einem schier unüberblickbaren Wust aus Fachschaften, Fachgruppen, Fakultätsräten und anderen, auf die eine oder andere Art und Weise organisierten universitären Gremien gibt es auch noch die Basisgruppen. Was es mit denen auf sich hat, wollen wir im Folgenden erklären.

Während Fachgruppen die offizielle, gewählte Vertretung der Studierenden darstellen, sind Basisgruppen davon unabhängige politische Zusammenschlüsse. Sie tauchen in keiner Satzung auf und sind eher so etwas wie Polit-Gruppen. Ihr Anspruch zielt - das macht schon der Name deutlich - darauf, die Studierenden des jeweiligen Fachbereiches zu organisieren. Uni-Politik wird hier nicht als Aufgabe einer kleinen, dafür gewählten Elite begriffen. „Uni-Politik ist das, was wir draus machen“ könnte das Gründungs-Credo der Basisgruppen lauten. Nachhaltige Veränderungen ergeben sich letztlich nicht dadurch, dass eine andere Besetzung der studentischen Organe gewählt wird. Auch wenn 41 Black-Bloc-AktivistInnen im Studierendenparlament sitzen würden - es würde nicht viel ändern, solange wir Studierenden nicht selber aktiv werden.

Dabei ist der eigene Fachbereich zwar der Ort der Organisation, aber bei weitem nicht der alleinige Ort der Auseinandersetzung. Ohne Bezüge zur Fakultät lässt sich kaum verstehen, was innerhalb eines Fachbereiches passiert. Und auch da bleibt fast alles im Dunkeln, wenn

nicht die Uni als Ganze in den Blick gerät. Aber auch da ist noch nicht Schluss. Denn die Veränderungen an den Universitäten, die bis in die einzelnen Studiengänge, Vorlesungen und Seminare durchschlagen, sind Produkt bildungs- und wissenschaftspolitischer Veränderungen, wie sie in den letzten Jahren vorgenommen wurden. Veränderungen, die wiederum eingereicht gehören in Versuche politischer Modernisierung, wie sie von Landes- und Bundesregierungen auch in anderen politischen Bereichen vorgenommen wurden, oftmals im Rahmen globaler Absprachen, die einer Logik folgen, die sich alleine aus der Uni heraus nicht erklären lässt und die deshalb gesamtgesellschaftlich begriffen werden müssen.

Darum spielen für Basisgruppen oft auch politische Phänomene eine Rolle, die auf den ersten Blick nichts mit der Uni im engeren Sinne zu tun zu haben scheinen. Letztlich zeigt sich dann aber, dass sich das nicht so einfach trennen lässt. Neoliberale Marktlogik spiegelt sich auch in den jüngsten Unireformen wieder, Rassismus und Antisemitismus zeigt sich auch im Studierendenparlament, von den diversen Burschenschaften mal ganz zu schweigen.

Basisgruppen sind hier der Versuch, das Allgemeine mit dem Besonderen zu verbinden. Die täglichen Erfahrungen im universitären Alltag sollen auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen bezogen, politische Tendenzen im studentischen Alltag aufgespürt werden. Und das in einem gemeinsamen Prozess, in dem jüngere und ältere Studierende sich gemeinsam und gleichberechtigt in Themen einarbeiten, sich Meinungen bilden und versuchen, diese dann den Menschen nicht nur, aber vor allem, an ihrem Fachbereich plausibel zu machen.

Basisgruppen?

Links-emanzipatorische Politik an der Uni findet im Wesentlichen in Basisgruppen statt. An der Uni Göttingen gibt es in sehr vielen Fachbereichen Basisgruppen, die sich jeweils um einen kritischen Umgang mit ihrem Fach, Fachschaftsarbeit oder Themen aus Bildungs- und Gesellschaftskritik befassen.

Die einzelnen Basisgruppen sind mal mehr mal weniger stark an ihr jeweiliges Fach gebunden und haben oft eigene spezielle Themen. Jede kann aber in jede Basisgruppen gehen, egal welches Fach oder ob man überhaupt studiert. Worauf es ankommt ist der Wille politisch aktiv zu werden.

Hier findet ihr eine Übersicht über derzeitige Basisgruppen und wie ihr sie erreichen könnt.

Einsteigen?

Basisgruppen gibt es an fast allen Fachbereichen. Jede Basisgruppe hat offene Plena/Treffen, zu denen ihr jederzeit hin gehen könnt, wenn ihr einsteigen wollt. Außerdem veranstalten die Gruppen regelmäßig (meist nach den Winter-O-Phasen) Einsteiger_innen-Abende, an denen ihr euch über die Themen und Arbeitsweise der BGs informieren könnt.

Basisgruppe Geschichte

Homepage: <http://www.bg-geschichte.org>

Kontakt: [bg-geschichte\[at\]gmx.net](mailto:bg-geschichte[at]gmx.net)

Treffen: Montags 20:00h im Café Kabale

['Basisgruppe SoWi']

Homepage: <http://www.bgsowi.de.vu>

Kontakt: [bgsowi\[at\]stud.uni-goettingen.de](mailto:bgsowi[at]stud.uni-goettingen.de)

Treffen: Montags 20:00h vor dem Haupteingang des Oeconomicum

Basisgruppe Germanistik

Homepage: <http://bggermanistik.blogspot.de>

Kontakt: bg-germanistik@gmx.net

Treffen: Montags 20:00h vor dem Haupteingang des Oeconomicum

Basisgruppe Geo

Homepage: <http://www.geogr.uni-goettingen.de/fach-schaft/>

Kontakt: [bg-geo\[at\]gmx.de](mailto:bg-geo[at]gmx.de)

Basisgruppe Jura

Homepage: <http://bgjura.blogspot.de>

Kontakt: [bg-jura\[at\]web.de](mailto:bg-jura[at]web.de)

Treffen: Mittwochs 20:00h im MZG 1313

Basisgruppe Kunstgeschichte

Kontakt: [basisgruppekunst\[at\]web.de](mailto:basisgruppekunst[at]web.de)

Basisgruppe Ethno

Kontakt: bg_ethno_g@yahoogroups.de

Basisgruppe fIMP (für Informatik, Mathe und Physik)

Homepage: <http://bgfimp.blogspot.de>

Kontakt: bg-fimp@gmx.net

Treffen: Montags 18:00h in der Mathe-Cafete (Bunsenstr.)

Basisgruppe Medizin

Homepage: <http://www.bgmed.org>

Kontakt: bg.med@gmx.de

Treffen: Mittwochs 20:00h im Rosa-Luxemburg-Haus (AStA-Gebäude)

Basisgruppe Biologie

Homepage: <http://www.uni-goettingen.de/de/90816.html>

Kontakt: fsbio@gwdg.de

Treffen: Montags 20:00h (Wilhelm-Weber-Str.)

Basisgruppe Philosophie

Homepage: <http://basisgruppephilosophie.wordpress.com>

Kontakt: basisgruppephilosophie@yahoogroups.de

Treffen: Donnerstags 20:00h im Bunten Raum (Keller d. Humboldtallee 19)

Basisgruppe International

Homepage: <http://bginternational.blogspot.de/>

Kontakt/Contact: bg-international@gmx.de

Treffen/Meeting: Jeden Donnerstag ab 19.30h / Every thursday 19.30h. Uni Göttingen



Termine

Di, 25.11.2008, 10:00 // Zentralcampus
Protestaktion: Gegen Bachelor, Verschulung und Leistungsdruck - Für ein selbstbestimmtes Studium!

Do, 27.11.2008, 18:00 // ZHG 002
Vortrag zu sexualisierter Gewalt an der Universität.
Referentin: Ute Zillig vom Frauennotruf Göttingen

28.11.-30.11.2008 // Hamburg
Kongress: Doing Intersectionality - Über das Recht auf Verschiedenheit und den Umgang mit Differenz

Sa, 29.11.2008, 10:00 - 17:00
Ich wehr mich! Wendo Anfänger_innenkurs für FrauenLesbenTransgender

Sa, 29.11.2008, 11:00 // Pädagogisches Seminar (Seminarraum II)
Workshop zur Krisentheorie - Vom Ende der Arbeit zur Finanzblasenökonomie.
Referent: Ernst Lohoff | Gruppe 180°

Di, 02.12.2008, 18:00 // ZHG 007
Wie umgehen mit sexualisierter Gewalt an der Uni? Interaktives Strategiegelgespräch zur Diskussion und Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten.

Mi, 03.12.2008, 19:30 // ZHG 002
Grausame Heuschrecken - Gierige Manager - Geheime Mächte. Ist Krisenverarbeitung zwangsläufig repressiv?
Referent: Lothar Galow-Bergemann | Gruppe 180°

Sa, 06.12.2008 // Café Kollektiv Kabale
Casino Abend im Café Kabale

Mo, 08.12.2008, 10:30 Uhr // ZHG 002
Geschichte und Kritik antisemitischer Stereotype
Gruppe 180°

Di, 09.12.2008, 19:30 Uhr // DGB-Haus (obere Masch 10)
Neonazis in Nadelstreifen: Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft
Referent: Andreas Speit | DGB-Jugend

Sa, 13.12.2008 // Jakobi-Kirchhof (Innenstadt Göttingen)
Demonstration gegen den alltäglichen Rassismus, Neonazis und für einen neuen Afro-Shop

Sa, 13.12.2008, 22:00 // Juzl (Bürgerstr.)
Glamour, Kitsch & Werkzeuggürtel - Party
Radical Homos

Mo, 15.12.2008, 19:30 // ZHG 002
Zwischen Allmacht und Ohnmacht - Zur Krise des männlichen Subjekts
Referent: Karl-Heinz Lewed | Gruppe 180°

Fr, 12.01.2009, 19:30 // ZHG 002
Krise & Soziale Bewegungen - Das Beispiel Argentinien
Referentin: Friederike Habermann | Gruppe 180°

Di - Fr, 13.01. - 16.01.2009 // Uni
Uni-Wahlen: Wahlen zu den studentischen- und den Kollegialorganen
Hingehen und Basisgruppen & BB wählen!

Fr, 19.01.2009, 19:30 // ZHG 002
Detroit-Summer - Soziale Emanzipation nach dem Ende der Vollbeschäftigung.
Referentin: Irina Vellay | Gruppe 180°

Fr, 26.01.2009, 19:30 // Autonomicum (Freiraum blauer Turm)
Alternativen in Göttingen - Jenseits der Verwertung.
Referent_innen: Göttinger Alternativ-Projekte | Gruppe 180°

Jeden Donnerstag, 20:00 // Rosa-Luxemburg-Haus (Goßlerstr. 16a)
Plenum des Basisdemokratischen Bündnis

Jeden Sonntag, 17:00 // Pädagogisches Seminar (Seminarraum II)
Marx Lesekreis

Analyse - Kritik - Aktion

www.bb-goettingen.de

Organisiert euch! Kommt zum BB:
Treffen: Jeden Donnerstag 20:00h
vor dem Rosa Luxemburg Haus
(‘AStA-Gebäude’ - Goßlerstr. 16a)